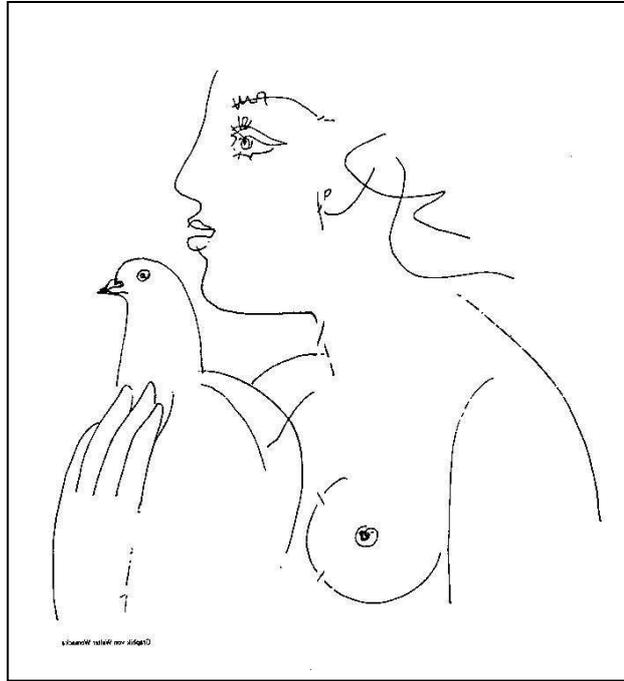


# Europäisches Friedensforum epf    Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 95



## Der Iran – im Visier der Machtpolitik

Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnack

Dr. Klaus Elste

Redaktionsschluss: 1. April 2012

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97    Fax: 030/ 555 63 55    E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de)    Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

Seit über dreißig Jahren befindet sich der Iran im Visier der USA-Globalstrategie. Was Ende der 1970er Jahre mit Sanktionen begann, mündete in militärischen Drohungen.

2002 erklärte der damalige US-Präsident George W. Bush zum Auftakt des „war on terror“ den Iran zum „Schurkenstaat“ und – neben Nordkorea und Syrien – zum Mitglied der „Achse des Bösen“.

Seitdem wird Krieg gegen den Iran vorbereitet - und geführt: zunächst als massiver kalter Krieg, als Wirtschaftskrieg und mit „verdeckten Aktionen“.

Der Wechsel in der US-amerikanischen Präsidentschaft hat daran nichts geändert. Ein Vergleich nachstehender programmatischer Aussagen belegt das:

- George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar 2002: „Die Vereinigten Staaten werden nicht zulassen, dass die gefährlichsten Regime der Welt uns mit den zerstörerischsten Waffen der Welt bedrohen...Iran strebt aggressiv nach solchen Waffen...“ (1)
- Barak Obama in seiner Rede zur Lage der Nation am 24. Februar 2012: „Es soll kein Zweifel aufkommen: Amerika ist entschlossen, Iran daran zu hindern, an Atomwaffen zu kommen. Ich werde zur Erreichung dieses Ziels keine Option vom Tisch nehmen.“ (2)

Dass es den USA, Israel und führenden Staaten der EU um mehr geht als um den in den Mittelpunkt ihrer Attacken gerückten Atomstreit zeigt folgende Tatsache: Die Auseinandersetzungen mit Teheran begannen zu einem Zeitpunkt, als das Land mit der Wiederaufnahme der vom Schah-Regime begonnenen Arbeit am Atomprogramm noch gar nicht begonnen hatte. Schon 1996 bezeichnete der damalige und heutige israelische Premier Netanjahu den Iran als „größte Bedrohung“ für „die gesamte zivilisierte Welt“. Anfang dieses Jahres eskalierten die verbalen Attacken gegen den Iran. Die EU verschärfte den Wirtschaftskrieg. Israels Premier Netanjahu erklärte, die Ge-

---

1 [http://de.wikipedia.org/wiki/Achse des Bösen](http://de.wikipedia.org/wiki/Achse_des_Bösen)

2 Kölnische Rundschau, 18. Februar 2012

duld seines Landes sei am Ende. Es könne nicht länger gewartet werden: Von einem israelischen Militärschlag im April oder Mai war die Rede.

Im März kam es in Washington zu Gesprächen zwischen Obama und Netanjahu. Die Berichte über diese Gespräche waren spärlich. Von einem Deal wurde gesprochen: Obama habe zugesagt, so die israelische Zeitung „Maariv“, an Israel Bunkerbrechende Bomben und weitere Kapazitäten zum Betanken von Kampfflugzeugen in der Luft zu liefern, wenn Israel sich verpflichte, bis nach den US-Präsidentenwahlen keinen Alleingang gegen den Iran zu unternehmen. Andere Medien dementierten eine derartige Absprache.

Inzwischen hat Teheran seine Bereitschaft erklärt, IAEA-Inspektoren den Zugang zum Industrie- und Forschungskomplex Parchin, einem reinen Militärstützpunkt, zu gestatten. Der Iran war von den Erfahrungen Iraks ausgegangen, wo eine erlaubte Inspektion entsprechender Einrichtungen dazu gedient hatte, spätere Angriffsziele auszuspionieren.

Am 14. Februar 2012 nahm die EU das vom iranischen Chefunterhändler Said Dschalili unterbreitete Angebot zur Wiederaufnahme von Gesprächen an. Die EU vertritt in diesem Falle offiziell auch die fünf UN-Veto-Mächte sowie Deutschland. Aus Brüssel verlautete, EU-Vertreter hofften, bis nach den USA-Präsidentenwahlen im November mit Teheran verhandeln zu können.

Auf einer Pressekonferenz bezeichnete Obama diese Verhandlungen als „letzte Chance“ Teherans, die sie „ergreifen müssen, um noch schlimmere zukünftige Konsequenzen für Iran abzuwenden...Ich meine, sie sollten verstehen..., dass das Fenster für eine diplomatische Lösung dieser Angelegenheit schrumpft.“ (3) Die Erfolgsaussichten dieser Verhandlungen sind gering, wenn nicht chancenlos, da die EU praktisch den Verzicht Irans auf sein Atomprogramm verlangt.

In der nachfolgenden Dokumentation soll, ausgehend von den geostrategischen und geoökonomischen Zielen des US-Imperialismus, der über so viele Jahre gegen den Iran geführte kalte Krieg in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen dargestellt werden.

### **Um den proamerikanischen Nahen Osten**

Vor 15 Jahren legte der US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ die geostrategischen Zielsetzungen des von der Systemauseinandersetzung „befreiten“ US-Imperialismus dar. „Eurasien“ bezeichnete er als „das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft“ ausgetragen werde. Dem Iran maß er dabei eine wesentliche Bedeutung bei. Der Iran gehöre nämlich zu den Ländern, die als „geopolitische Dreh- und Angelpunkt von entscheidender Bedeutung“ (4) zu betrachten seien. Brzezinski orientierte darauf, die Möglichkeit einer „großen Koalition zwischen China, Russland und vielleicht dem Iran als antihegemoniales Bündnis“ zu verhindern. (5)

Die Befürchtungen, dass es zu einem solchen Zusammengehen kommen könnte, sind in jüngster Zeit im Weißen Haus und im Pentagon nicht geringer geworden. Es kommt hinzu, dass die Regisseure des „Greater Middle East“-Projekts von den Aufständen in Tunesien und Ägypten regelrecht überrascht worden sind. Das Projekt kam erst wieder zum Zuge, als sich in Libyen die Möglichkeit bot, Rebellen an die Macht zu bomben. Nun möchten die „Operateure in Sachen Verteidigung der Menschenrechte“ und „Weltneuordner“ das „libysche Modell“ auch gegen Syrien anwenden. In der Auseinandersetzung mit dem „Schurkenstaat“ Iran soll der Atomstreit als Hebel für einen Regimewechsel dienen. Zugleich soll der internationalen Öffentlichkeit glaubhaft gemacht werden, dass vom iranischen Atomprogramm eine akute Gefahr für die ganze Welt ausgehe.

---

4 Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Belz Quadriga Verlag, 1997, Weinheim und Berlin, S. 57

5 ebenda, S. 87

Diese anti-iranische Dauerkampagne wird vor allem von den USA und von Israel betrieben. Die USA verfolgten seinerzeit mit dem Zustandekommen des Atomwaffensperrvertrages, Mitinitiatoren waren Großbritannien und die UdSSR, ein Atomwaffenmonopol dieser Mächte zu errichten, begleitet von dem Kalkül, die Sowjetunion eines Tages auf dem „Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen“, wie man sich später in Washington ausdrückte.

**Israel, das mit Hilfe der USA Atommacht wurde und über 250 Atomsprengköpfe verfügt, hat nie daran gedacht, Mitglied des Atomwaffensperrvertrages zu werden. Es beansprucht als Atommacht eine Führungsrolle in Nahost und lehnt eine atomwaffenfreie Zone in der Nahost-Region kategorisch ab.**

Aufschlussreich ist nicht zuletzt die Tatsache, dass der psychologische Krieg gegen den Iran schon zu einer Zeit begonnen hat, als der Atomstreit noch gar nicht zur Debatte stand.

Der iranische Revolutionsführer Ajatollah Khamenei wies im Februar 2012 darauf hin, dass sein Land seit 1979, also seit dem Sieg der islamischen Revolution und damit seit über drei Jahrzehnten westlichen Sanktionen ausgesetzt sei. Der sogenannte Atomstreit sei dagegen erst seit 10 Jahre in die Welt gesetzt worden. Khamenei versicherte wiederholt, dass die Atomwaffe als Massenvernichtungswaffe „haram“ sei, d. h. aus religiösen Gründen verboten. Der iranische Präsident Ahmadinedschad betonte am 19. März 2012 im ZDF: „Die Atomwaffe ist eine unmenschliche und unmoralische Waffe. Sie gehört dem vergangenen Jahrhundert an. Wir wollen keine Atombombe bauen. Wenn wir es tun wollten, würden wir es offen sagen.“

Die USA setzen darauf, mit einem Regimewechsel im Iran die Voraussetzungen für die Durchsetzung ihrer geostrategischen und geoökonomischen Ziele zu schaffen. Nach Auffassung des früheren Generaldirektors der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Mohammed ElBaradei seien die Amerikaner und Europäer im Atomstreit nie an einem Kompromiss mit der Re-

gierung in Teheran interessiert gewesen, „aber an Regierungswechsel durch jegliche notwendige Mittel.“ (6)

In der „Berliner Zeitung“ vom 4./5. März 2006 war zu lesen: „Eigentliches Ziel ist die Installierung eines proamerikanischen Regimes in Teheran. Deshalb weigert sich Washington auch, dem Iran Sicherheitsgarantien zu geben, obwohl sich der Atomstreit vermutlich lösen ließe. Das Land ist von zentraler Bedeutung für die Beherrschung ganz West- und Zentralasiens. Dabei geht es den USA generell um die Eindämmung des russischen und chinesischen Einflusses sowie konkret um den Zugriff auf die enormen Rohstoffreserven der Region.“

Die „Junge Welt vom 11./12. März 2006 hatte damals vier strategische Überlegungen der USA genannt:

- Gezielte Zerstörung aller iranischen Atomanlagen, um so „Israels Vormachtstellung in der Region und die Hegemonieposition der USA dauerhaft unantastbar“ zu machen.
- Ausschaltung des Iran als regionale Mittelmacht.
- Auslösung von Chaos und Rebellion im Iran, um so einen Regimewechsel herbeizuführen.
- Schaffung eines Präzedenzfalls zur Neuinterpretation des Atomwaffensperrvertrages (NPT), um „die Urananreicherung als Privileg der Atomwaffenstaaten“ festzuschreiben.

Bei diesen Zielsetzungen muss immer wieder auf die vorrangigen geoökonomischen Interessen des US-Imperialismus hingewiesen werden. Der Iran verfügt nach Saudi-Arabien über die größten Rohölreserven unter den OPEC-Staaten. Er ist drittgrößter Erdölexporteur in der Welt. Nach Russland verfügt er über die größten Erdgas-Vorräte in der Welt. Das Land ist im wichtigsten Ölgebiet der Welt, nämlich am Persischen Golf ebenso präsent wie am Kaspischen Meer.

### **Vorgeschichte, Vertragslage und Zusatzprotokoll**

Es sei daran erinnert, dass die Anfänge des iranischen Atomprogramms bis in die 1950er Jahre zurückreichen. Mit den USA

wurde damals ein Programm über Wissenschaftskooperation und Technische Hilfe vereinbart. Es schloss den vollständigen Brennstoffkreislauf des Iran ein. Geplant wurde die Errichtung von 20 AKWs. 1967 wurde aus den USA der erste Forschungsreaktor geliefert. 1974 stieg die BRD in das Geschäft ein.

1968 unterzeichnete Teheran den Atomwaffensperrvertrag und ratifizierte ihn 1970. Er garantiert das Recht auf Urananreicherung, sofern diese unter Kontrolle der IAEA erfolgt.

1979 wurde das Schah-Regime gestürzt und eine islamische Republik konstituiert. Die BRD stellte nun die Unterstützung des iranischen Atomprogramms ein.

2003 kündigte der damalige iranische Präsident Mohammed Chatami die Fortsetzung des Atomprogramms mit einem gesamten Brennstoffkreislauf an, der die nukleare Unabhängigkeit vom Ausland sichern soll.

Mit der Urananreicherung beansprucht das Land ein Recht, das für andere Länder – beispielsweise die BRD - selbstverständlich ist. Der Atomwaffensperrvertrag untersagt seinen Unterzeichnern ja auch keineswegs, Urananreicherung zu betreiben und damit die Atomwaffenfähigkeit zu erreichen.

Teheran hat wiederholt erklärt, dass seine Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag auch nach dem Sturz des Schah-Regime selbstverständlich erhalten bleibe. Der Iran strebe nicht nach Atomwaffen. Atomwaffen sollten der Vergangenheit angehören.

Teheran hat sich dann 2003 unter dem ständigen Druck der Westmächte in eine Lage hineindrängen lassen, die seitdem zu einem eskalierenden „Atomstreit“ geführt hat.

Knut Mellenthin hat in der „Junge Welt“ vom 29. Februar 2012 diese die internationale Atmosphäre belastende Problematik beleuchtet. Hier seine Darlegungen:

„Im Oktober 2003 ließ Teheran sich darauf ein, als freiwillige vertrauensbildende Maßnahme alle mit der Urananreicherung verbundenen Arbeiten für die Dauer der Verhandlungen zu unterbrechen. Zum selben Zeitpunkt erklärte sich Iran bereit, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag (NPT) einzuhal-

ten, das erweiterte Kontrollrechte der IAEA vorsieht. Es handelt sich dabei nicht um einen verbindlichen Teil des NPT. Nur 139 der 189 Vertragsstaaten haben das Zusatzprotokoll unterzeichnet; lediglich 104 haben es auch schon ratifiziert.

Als Ziel wurde in der gemeinsamen Teheraner Erklärung vom 21. Oktober 2003 definiert, ‚zufriedenstellende Versicherungen in Bezug auf Irans Programm zur Gewinnung von Atomenergie‘ auszuarbeiten. Zu einem späteren Zeitpunkt der Gespräche vereinbarten Iran und das EU-Trio (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) im Pariser Abkommen vom 14. November 2004, dass am Ende ein umfassendes langfristiges Übereinkommen stehen sollte, das unter anderem ‚objektive Garantien dafür (erhalten sollte), dass Irans Atomprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient‘.

Die iranische Seite war davon ausgegangen, dass mit ‚objektiven Garantien‘ eine Ausweitung und Perfektionierung der Kontrollmaßnahmen und Inspektionen durch die IAEA gemeint waren. Auf diesem Gebiet war Teheran zu einem weitreichenden Entgegenkommen bereit. (Ein folgenschwerer Irrtum, wie sich zeigen sollte.)

Stattdessen sahen sich die Iraner unerwartet mit der ultimativen Forderung des Trios konfrontiert, aus der freiwilligen Unterbrechung bestimmter Arbeiten einen unbegrenzten Dauerzustand zu machen.“

### **Zuckerbrot und Peitsche?**

Die Beschuldigungen gegen Teheran wurden nämlich fortgesetzt. Der damalige US-Vizepräsident Cheney behauptete, der Iran stehe an der Spitze der potenziellen Krisenherde in der Welt. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer verlangte eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“ gegen den Iran.

Im Februar 2005 nannte George W. Bush in seiner „Rede zur Lage der Nation“ als nächstes politisches Ziel seiner Administration die „Demokratisierung“ des Iran.

Das EU-Trio versprach im Mai 2005 dem Iran eine sogenannte nukleare Kooperation. Man wolle Teheran beim Ausbau der

Atomenergie unterstützen. Allerdings, so die, offenbar von Israel erzwungene, nicht verhandelbare Bedingung, Teheran müsse dauerhaft auf die Urananreicherung verzichten.

Das Moratorium sollte zu einem Dauerzustand werden. Konkret: Der Iran sollte der Urananreicherung und allen damit verbundenen Arbeiten und Forschungstätigkeiten eine Absage erteilen.

Das „Friedensjournal 1/2006 konstatierte: „Die USA und die EU haben bisher weder die iranischen Strombedarfsprognosen, und damit die angepeilte nukleare Kraftwerkskapazität in Frage gestellt noch von sich aus die Alternative regenerativer Energie-Technologien für Irans Energieversorgung ins Spiel gebracht. Ganz im Gegenteil erklärte sich die EU in ihrem Angebot vom 8. August 2005 bereit, Iran beim massiven Ausbau der Atomenergie zu unterstützen, allerdings mit der nicht verhandelbaren Bedingung eines dauerhaften iranischen Verzichts auf Urananreicherung. Diese Bedingung liefe aus iranischer Sicht darauf hinaus, die für die Sicherung der Energieversorgung sensibelste Stufe der Energieerzeugung ins Ausland zu verlagern und sich in eine dauerhafte Abhängigkeit zu begeben.“ Teheran hob das Moratorium teilweise auf.

Der IAEA-Vorstand wandte sich darauf hin an den UN-Sicherheitsrat. Der beschloss Ende 2006 die ersten Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran. Vom Zuckerbrot, das der NATO-Generalsekretär erwähnt hatte, war nichts zu verspüren.

### **Keine Kompromisse, aber Strafmaßnahmen**

Wiederholt besuchten IAEA-Inspektionen die iranischen Forschungsanlagen. Den Inspektoren wurde die Installation von Überwachungskameras in der Urananreicherungsanlage Natans gestattet. Die IAEA bestätigte – damals unter der Leitung von Mohammed ElBaradei – die iranischen Angaben über den Stand der Entwicklung des Atomprogramms als bewiesen. ElBaradei beteiligte sich nicht am Konfrontationskurs der Westmächte. Er betonte vielmehr angesichts der Sanktionsdrohungen

gen und -maßnahmen des Westens, auftretende Probleme seien durch direkte Gespräche lösbar.

Es kam zu verschiedenen Ansätzen für eine Kompromisslösung in der Frage der Urananreicherung. Teheran schlug vor, ein Konsortium für die Produktion von angereichertem Uran zu gründen, lehnte jedoch die ultimative Forderung des UN-Sicherheitsrates nach Aussetzung der Urananreicherung ab.

Kompromissversuche scheiterten an den maximalistischen Forderungen der Westmächte. Forderungen, die durch internationales Recht nicht gedeckt sind.

Als 2008 US-Geheimdienstberichte über einen angeblich bis 2003 betriebenen Bau an Atomwaffen des Iran in Umlauf gebracht worden waren, erklärte der iranische Außenamtssprecher Mohammed Ali Hosseini: „Iran hat zu keiner Zeit ein militärisches Atomprogramm gehabt, nicht vor 2003 und auch nicht danach.“ (7)

ElBaradei äußerte: „Sie (die Iraner, d. Verf.) bleiben bei ihrer Behauptung, die Atomkraft nur zivil nutzen zu wollen. Wir haben noch keinen rauchenden Colt gefunden, der ihnen das Gegenteil bewiesen hätte.“ (8)

Mit dem Ausscheiden ElBaradeis aus dem Amt des IAEA-Generaldirektors und der Übernahme des Amtes durch den Japaner Julija Amano eskalierte die Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm. Amano hatte einem von Wiki Leaks veröffentlichten Bericht zufolge dem Botschafter der USA bei der IAEA versichert, dass er zuverlässig auf Seiten der USA stehe.

Im April 2010 waren der türkische Ministerpräsident Erdogan und der brasilianische Präsident Da Silva um eine Lösung des Problems bemüht. Sie erhielten zunächst von USA-Präsident Obama Unterstützung. Es ging um einen Tauschvertrag, demzufolge Uran für einen iranischen Forschungsreaktor im Ausland angereichert werden sollte. Teheran signalisierte Zustimmung unter der Voraussetzung, dass dieses Verfahren garan-

---

7 AFP, 9. Dezember 2007

8 Der Spiegel, 24/2008

tiert sei. Die IAEA verweigerte eine Garantierklärung. Obama war unterdes von dem Vorhaben abgesprungen. Die Westmächte verlangten ultimativ, dass der Iran alle Arbeiten zur Urananreicherung einstelle und alle Vorräte an schwach angereichertem Uran abliefere.

Die Türkei bot sich als Vermittler beim Austausch von Uran und als Zwischenstation an. Uran für den iranischen Forschungsreaktor solle in der Türkei angereichert werden. Iran und Türkei waren zu einer entsprechenden Vereinbarung bereit und informierten darüber die IAEA. Beobachter der Behörde wurden eingeladen, die Verwirklichung einer solchen Vereinbarung vor Ort zu kontrollieren.

Die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und Deutschland konterten mit weiteren Strafmaßnahmen gegen den Iran. Die EU verkündete umfangreiche Wirtschaftssanktionen.

Im November 2011 veröffentlichte IAEA-Generaldirektor Amano einen neuen Bericht der Behörde. Der Bericht enthielt substanziell nichts Neues. Allerdings hieß es darin, dass die bis 2003 vom Iran in seinem Atomprogramm angeblich betriebene Aktivitäten militärischen Charakters eventuell fortgesetzt werden könnten. Die Vermutungen beruhten auf Berichten von Geheimdiensten. „Generell bleiben die Quellen... weitgehend im Dunkeln“, schrieb die „Berliner Zeitung“. Und weiter: „Nach 2008 hatte die IAEA der Teheraner Führung bescheinigt, sie habe den Verdacht weitgehend ausgeräumt, mit ihrem Atomprogramm militärische Ziele zu verfolgen.“ (9) Dem früheren IAEA-Direktor Hans Blix zufolge „werden sich die Iraner davor hüten, irgendetwas zu unternehmen, was eine militärische Reaktion der Gegenseite rechtfertigen könne.“ (10)

Gespräche zwischen Iran und den fünf UN-Vetomächten sowie Deutschland wurden im Januar 2011 abgebrochen.

Als Ende Februar 2012 der jüngste IAEA-Bericht fertig gestellt war, wurde von westlichen Medien behauptet, der Iran habe die Anreicherung von Uran auf 20 Prozent verdreifacht. Eine

---

9 Berliner Zeitung, 10. November 2011

10 Neues Deutschland, 31. Januar 2012

derartige Aussage enthielt der Bericht gar nicht. „Der Spiegel“ stilisierte die Behauptung jedoch zu einer „ernsten und wachsenden Sorge“ der IAEA hoch. Ihr Generaldirektor Amano sei „tief enttäuscht“ von der mangelnden Kooperationsbereitschaft Teherans. (11) Die „New York Times“ meinte, dass der IAEA-Bericht werde „wahrscheinlich weiter entflammen“, „ob der Iran vor der Erlangung einer irreparablen Atomwaffenfähigkeit stehe“. (12) Die von der IAEA mit dem Iran geführten Gespräche waren von sich steigernden Strafmaßnahmen des UN-Sicherheitsrates und der EU begleitet.

### **Das Engagement der BRD**

Von Beginn der Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm stimmte die jeweilige Bundesregierung mit den im Rahmen Psychologischer Kriegführung gerichteten Drohgebärden gegen Teheran überein.

Einige Beispiele:

- 2006 befand der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier: „Wir brauchen eine glaubwürdige Drohkulisse.“ Bundeskanzlerin Merkel führte im Januar 2006 auf der 42. Münchener Sicherheitskonferenz aus: „Wir wollen und wir müssen die Entwicklung iranischer Nuklearwaffen verhindern. Das Nuklearprogramm des Iran erweckt den berechtigten Argwohn, die berechtigte Sorge, die berechtigte Befürchtung, dass es hierbei nicht um die friedliche Nutzung der Kernenergie, sondern dass es hierbei auch um militärische Optionen geht. Der Iran hat mutwillig – ich muss das leider sagen – die ihm bekannten ‚roten Linien‘ überschritten.“ Im Februar 2006 verlangte Angela Merkel, im Konfliktfall mit dem Iran „keine Option vom Tisch zu nehmen.“
- Die „Junge Welt“ kommentierte: „Die Schritte, die die Merkel-Regierung mitzumarschieren entschlossen ist, führen in eine militärische Konfrontation, die den gesamten Nahen Osten in Brand setzen wird. Denn die Hoffnung, Iran durch Isolierung“

---

11 Der Spiegel, 9/2012

12 zitiert in Junge Welt, 27. Februar 2012

und sich steigende Sanktionen zur Kapitulation zwingen zu können, beruht auf Illusionen.“ (13)

- Der damalige Bundesverteidigungsminister Jung meinte zur gleichen Zeit: “Das iranische Atomprogramm berührt unmittelbar unsere Sicherheit...Deshalb ist die Befassung des Sicherheitsrates mit dem Fall richtig.“ (14)
- Obwohl die iranische Regierung wiederholt erklärte, ihr Atomprogramm diene allein friedlichen Zwecken, verkündete der damalige Bundesaußenminister Steinmeier: “Der Iran hat kein Recht auf Atomwaffen.“ (15)  
Ähnliche Äußerungen bundesdeutscher Regierungsvertreter wiederholten sich über die Jahre.
- Im Januar 2010 drohte die Bundeskanzlerin, der Iran müsse „Sanktionen gewärtigen“, wenn das Land der „Offenlegung seines Atomprogramms und dem Stopp der Urananreicherung nicht nachkomme“. (16)
- Im Februar 2010 heizte Bundesaußenminister Guido Westerwelle die Stimmung mit den Worten an: „Der Iran hat ja in den letzten beiden Jahren mehrfach getäuscht und getrickst“, aber „die Völkergemeinschaft lässt sich nicht an der Nase herumführen.“ Kein Staat der Welt könne wollen, „dass ein so irrrationales Regime wie der Iran Atomwaffen in die Hände bekommt.“ (17)
- Eine Kampagne in deutschen Medien, die „Bild“ am 19. Februar 2010 unter der Schlagzeile „Der Iran baut an der Atom-bombe“ entfesselte, begleitete Regierungssprecher Wilhelm mit der Bemerkung, die Bundesregierung sei „von großer Sorge erfüllt“.
- Im November 2011 erklärte Westerwelle zu den schon erwähnten Vermutungen im IAEA-Bericht:“ Die detaillierten Hinweise auf eine mögliche militärische Dimension des Atomprogramms sind alarmierend“.

---

13 Junge Welt, 5. Mai 2006

14 Der Spiegel, 2/2012

15 Die Zeit, 31. August 2006

16 AFP, 26. Januar 2010

17 DLF, 5. Februar 2010

(18)

- Der außenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion Philipp Mißfelder vertrat Anfang Dezember 2011 die Meinung, „eine militärische Option auszuschließen würde die Verhandlungsposition des Westens gegenüber der iranischen Führung schwächen. Das führe dazu, dass der Iran Zeit gewinne, sein Nuklearprogramm fortzuführen. Das Regime sei fest entschlossen, mit Atomwaffen „das Existenzrecht Israels zu gefährden und auch unsere Sicherheit im Westen zu gefährden.“ (19)
- Anfang Dezember 2011 verlangte Bundesaußenminister Westerwelle in der Serie von Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran „im Bereich der Energie und des Finanzsektors“ anzusetzen, um die „Quellen für das iranische Atomprogramm auszutrocknen.“ (20)
- Das einflussreichste Medium des außenpolitischen Establishments der BRD, die Zeitschrift „Internationale Politik“, vertrat im Februar 2012 die Meinung, der Versuch, im Atomstreit mit Teheran ‚diplomatische Lösungen zu fördern‘, gehe „schon lange an den Realitäten vorbei“. Berlin dürfe sich „Militärschlägen nicht verweigern.“ (21)

## Russland im Widerspruch

Russland begann Ende der 1990er Jahre mit dem Bau des iranischen Atomkraftwerks in Buschehr. Die Fertigstellung verzögerte sich aus rätselhaften Gründen über etliche Jahre

Danach „hat sich die russische Führung dem um Teheran gezogenen diplomatischen Blockadering angeschlossen und überlässt, wie es scheint, den Iran seinem Schicksal als ‚Schurkenstaat‘“, so die „Junge Welt“ in einem Kommentar. (22)

Fakt ist, dass Russland vier Mal den von den Westmächten eingebrachten Sanktionsresolutionen des UN-Sicherheitsrates zu-

---

18 Berliner Zeitung, 10. November 2011

19 DLF, 1. Dezember 2011

20 Junge Welt, 2. Dezember 2011

21 German-Foreign-Policy, 8. Januar 2012

22 Junge Welt, 1. Februar 2006

stimmte. Im Juni 2008 hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow die Westmächte vor voreiligen Schlüssen und Handlungen gegenüber dem Iran gewarnt. Er rief zum konstruktiven Dialog mit der Führung in Teheran auf. „Der Schlüssel zur Lösung des Themas Iran liegt in der Beteiligung Irans.“ (23)

Im April 2010 nannte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow UN-Sanktionen gegen den Iran „unvermeidbar“ wegen der „Unwilligkeit“ der Teheraner Führung, auf die westlichen Appelle einzugehen. (24)

Im Juni 2006 nannte der russische Ministerpräsident Wladimir Putin die Sanktionen gegen den Iran „nicht effektiv“. Doch von militärischen Drohungen gegen das Land müsse Abstand genommen werden. (25)

Die „Junge Welt“ nannte die im Sommer 2010 erfolgte Zustimmung zu Sanktionen für Russland ein „Eigentor“, „eine Niederlage von strategischer Bedeutung...Mit der neuen UN-Resolution verfolgt die US-Regierung eine doppelte Absicht, wie schon seit Monaten ganz offen dargelegt wurde: Erstens soll eine scheinbare Einigkeit der ‚internationalen Gemeinschaft‘ gegen Iran demonstriert werden, die in Wirklichkeit nicht besteht...Zweitens dient die neue Resolution als ‚legales Sprungbrett‘ (US-Kriegsminister Robert Gates) für nachgeschobene Sanktionen der USA und der EU.“ (26)

Der russische Präsident Dimitri Medwedew zeigte sich im Juni 2006 „besorgt“ über die „Aussage von CIA-Chef Leon Panetta, wonach Teheran so viel angereichertes Uran besitze, um zwei Atombomben zu bauen. „Wenn die Information der amerikanischen Geheimdienste bestätigt wird“, so Medwedew, „würde das die Lage noch angespannter machen, und ich schließe nicht aus, dass diese Angelegenheit zusätzliche Überlegungen erfordern würde.“ (27) Ende Juli 2010 reagierte Moskau mit scharfer

---

23 FAZ, 21. Juni 2008

24 dpa, 23. April 2010

25 AFP, 9. Juni 2010

26 Junge Welt, 17. Juni 2010

27 Junge Welt, 29. Juni 2010

Kritik auf die neuen EU-Sanktionen gegen den Iran. Mitte Juni 2011 rief der russische Präsident Medwedew den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zu ernsthaften Verhandlungen über das iranische Atomprogramm auf. (28)

Im November 2011 verurteilte das russische Außenministerium den neuen routinemäßigen Vierteljahresbericht von IAEA-General-direktor Amano über das iranische Atomprogramm. Der Bericht hatte, wie schon dargelegt, mit der Wiederholung alter Darlegungen und von Vermutungen über eine angebliche iranische Atomwaffenrüstung Massenmedien Gelegenheit geboten, Spekulationen über eine baldige Atombewaffnung des Iran zu betreiben. Das russische Außenministerium vertrat zu dem IAEA-Bericht die Auffassung, in ruhiger Atmosphäre zu prüfen, ob es neue Erkenntnisse gebe, „oder ob wir es mit einer bewussten - und kontraproduktiven - Aufpeitschung von Emotionen zu tun haben.“ (29)

Mitte Januar 2012 bekräftigte der russische Außenminister Lawrow die Ablehnung des westlichen Konfrontationskurses gegen den Iran. Er warnte, dass ein militärischer Angriff auf den Iran zu einer „Katastrophe“ führen würde. Er habe „keinen Zweifel, dass dies Öl in das schwelende Feuer des Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten gießen und eine Kettenreaktion auslösen würde.“ (30)

Am 4. März 2012 veröffentlichte der russische Ministerpräsident Putin in der Tageszeitung „Moskowskije Nowosti“ einen außenpolitischen Grundsatzartikel. Der Beitrag wurde in der „Jungen Welt“ am 1. und 2. März 2012 dokumentiert.

Wladimir Putin führte in dem Artikel u. a. zum Iran aus: „Der Iran zieht zur Zeit die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich. Russland ist selbstverständlich um die immer größer werdende Gefahr eines militärischen Schlags gegen dieses Land besorgt. Sollte es dazu kommen, dann würde das katastrophale

---

28 AFP, 16. Juni 2011

29 Junge Welt, 10. November 2011

30 Junge Welt, 20. Januar 2012

Folgen haben, deren wahrer Umfang kaum vorstellbar ist. Ich bin überzeugt, dass das Problem ausschließlich auf friedlichem Weg gelöst werden sollte. Wir schlagen vor, das Recht des Iran auf die Entwicklung eines zivilen Atomprogramms, darunter auf die Urananreicherung, anzuerkennen. Dafür sollten seine Aktivitäten im Atombereich jedoch unter strenger und umfassender Kontrolle seitens der IAEA erfolgen. Wenn das funktioniert, dann sollten jegliche anti-iranische Sanktionen, darunter

### **„Bomben“- Spekulationen - ein Kapitel psychologischer Kriegsführung.**

Zur psychologischen Kriegsführung gegen den Iran gehören seit Jahr und Tag von westlichen Politikern und Medien verbreitete „Vermutungen“, dass Teheran „demnächst“ oder „bald“ über die Atomwaffe verfüge. Horrorszenarien wurden und werden in Umlauf gebracht. Die Bedrohungslüge hat Hochkonjunktur.

Auch hierzu einige Beispiele.

- 1996 behauptete der damalige israelische Außenminister und heute Verteidigungsminister Ehud Barak im UN-Sicherheitsrat, Teheran wird in acht Jahren über Atomwaffen verfügen. (31)
- Im April 2006, also 10 Jahre später, wurde dagegen gemeldet: „Der Iran ist nach Einschätzung von US-Geheimdienst-direktor John Negroponte noch Jahre von seiner Atombombe entfernt.“ (32) Der CIA-Chef wollte damit sagen, der Iran verstoße gegen den Atomwaffensperrvertrag, denn er baue die Bombe, aber er sei eben noch nicht so weit.
- Die IAEA sprach im April 2007 davon, die iranische Urananreicherung sei geringer als von Teheran angegeben. Wenn, dann werde das Land erst in vier bis sechs Jahren zum Atombombenbau in der Lage sein. Es sei noch viel Zeit für die Diplomatie.
- In diesem Jahr 2007 hatte US-Präsident George W. Bush vom „Dritten Weltkrieg“ gesprochen, der durch Irans „aggressives

---

31 Junge Welt, 19. März 2012

32 Berliner Zeitung, 22./23. April 2006

Vorantreiben eines militärischen Atomprogramms“ drohe. Sein Vize Cheney meinte, der Westen sei gezwungen, Teheran „mit allen Mitteln“ von seinen „Bombenplänen“ abzubringen. (33) Da löste im Herbst 2007 der Bericht von 16 US-amerikanischen Geheimdiensten einen Schock in der westlichen Welt aus. Die Dienste erklärten: „Wir beurteilen mit einem hohen Maß an Verlässlichkeit, dass Teheran im Herbst 2003 sein Nuklearwaffenprogramm gestoppt hat. Wir halten es für höchst unwahrscheinlich, dass Teheran bis 2009 eine Atombombe bauen könnte. Wir beurteilen mit einem mittleren Grad der Verlässlichkeit, dass Iran irgendwann zwischen 2010 und 2015 technisch in der Lage sein wird, genug hoch angereichertes Uran für eine Waffe herzustellen.“ (34)

Dieser Bericht stand im völligen Widerspruch zu früheren Verlautbarungen der Geheimdienste. Er stand in Übereinstimmung mit den Gegebenheiten, die IAEA-Kontrolleure vor Ort im Iran vorgefunden hatten. Bush war um eine Kriegschance ärmer geworden.

- Doch im Herbst 2008 trat ein deutsch-österreichisches Bündnis, das es besser wissen wollte, mit dem Slogan „Stop the bomb“ und der aufsehenerregenden Warnung an die Öffentlichkeit: „Schon zu Weihnachten könnte die Islamische Republik Iran eine Atomwaffe haben.“ (35)
- Im August 2010 kam der israelische Journalist Jeffrey Goldberg nach Gesprächen mit 40 früheren und derzeitigen „Entscheidungsträgern“ in Israel und den USA im Magazin „Atlantic“ zu dem Schluss, dass Iran nur noch ein bis drei Jahre benötige, um Atomwaffen herzustellen. (36)
- Anfang 2011 äußerte der aus dem Amt scheidende Chef des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, Meir Dagan, Iran sei nicht in der Lage, vor dem Jahr 2015 eine Atomwaffe herzustellen. (37)

---

33 Der Spiegel, 50/2007

34 ebenda

35 Neues Deutschland, 4. November 2008

36 Neues Deutschland, 12. August 2010

37 Neues Deutschland, 12. Januar 2011

- Im November 2011 warnte der israelische Präsident Schimon Peres, Iran könne schon in sechs Monaten eine Atombombe haben. (38)
- Im Januar 2012 betonte der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak, Teheran habe bisher nicht beschlossen, Atomwaffen zu bauen. (39)
- Anfang Februar 2012 behauptete der Koordinator der US-amerikanischen Geheimdienste, James Clapper, dass Iran „die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Fähigkeiten zur Produktion von Atomwaffen“ besitze. (40)

Seit 16 Jahren wird die Weltöffentlichkeit in Atem gehalten und betrogen. Ein übles Spekulationsspiel, das die internationale Atmosphäre vergiftet.

### **Krieg angesagt**

Im Rahmen des Psychologischen Krieges werden, wie schon erwähnt, seit einem Jahrzehnt Kriegspläne seitens der USA und Israels erörtert, Kriegsdrohungen von Politikern und Militärs artikuliert und in Massenmedien verbreitet.

Während des Krieges gegen Irak wies der ehemalige NATO-Oberkommandierende US-General Wesley Clark, der inzwischen in die Politik gegangen und als Präsidentschaftskandidat aufgetreten war, darauf hin, dass dieser Feldzug nur ein Auftakt sei. Militäraktionen gegen Syrien und den Iran würden folgen. (41)

Im Sommer 2005 war in der damaligen Internetpublikation „Argument Nr. 8“ zu lesen: „Ende Juli berichtete der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes Philip Giraldi, dass US-Vizepräsident Dick Cheney das Pentagon angewiesen habe, Pläne für einen Militärschlag gegen mehr als 450 strategisch bedeutende Ziele im Iran zu entwickeln – mit so genannten „Bunker brechenden Atomwaffen, mit denen angenommene

---

38 dpa, 6. November 2011

39 Neues Deutschland, 19. Januar 2012

40 Junge Welt, 2. Februar 2012

41 Der Tagesspiegel, 12. Februar 2003

unterirdische Atomanlagen zerstört werden könnten. Viele dieser ‚Ziele‘ sind dicht besiedelt.“

Im Frühjahr 2006 hieß es im „Spiegel“: „Unter dem Codenamen ‚Global Strike‘ liegen Eventualpläne für Angriffe auf Nordkorea und Iran in den Schubladen des Pentagon.“

Im „Friedensjournal 3/2006“ wurde auf eine Initiative der US-Administration aufmerksam gemacht: „Condoleezza Rice forderte den UN-Sicherheitsrat auf, Irans Atompolitik als eine Bedrohung für den Weltfrieden zu deklarieren und Iran nach Kapitel 7 der UN-Charta den Einsatz ‚aller notwendigen Mittel‘ anzudrohen.“

Mitte September 2006 meldeten Nachrichtenagenturen den beginnenden Aufmarsch von US-Flotteneinheiten in der Straße von Hormus vor der iranischen Küste. Eine gefährliche Machtdemonstration am Rande des Abgrunds, die sich in den folgenden Jahren wiederholte.

Inzwischen sind im Persischen Golf Flotteneinheiten der USA, Frankreichs und Großbritanniens in Stellung gebracht. Israel ist mit atomgestützten U-Booten aus deutscher Produktion vertreten.

Am 2. Februar 2007 zitierte „The Guardian“ den ehemaligen CIA-Direktor für Aufstandsbekämpfung Vincent Cannistraro: „Die Ziele für einen Luftangriff gegen die iranischen Atomanlagen sind bereits ausgesucht, und die militärischen Mittel, um ihn durchzuführen, sind bereits in Stellung gebracht.“

Das Magazin „Stern“ veröffentlichte am 9. Februar 2007 die Warnung des früheren NATO-Oberbefehlshabers Wesley Clark: „Ich fürchte, es wird zu einer militärischen Konfrontation mit dem Iran kommen. Mit katastrophalen Folgen für die Region und für uns.“

„Der Spiegel“ berichtete im Herbst 2007: „Washington, so kalkulieren seine Strategen, müsse Israel zu einem Raketenangriff gegen die iranischen Urananreicherungsanlagen in Natans drängen. Ganz sicher würde Teheran darauf mit einem Vergeltungsschlag antworten, und das wiederum wäre der perfekte

Vorwand für die USA, militärische Ziele und Atomanlagen in Iran anzugreifen.“ (42)

In einem Kommentar der „Berliner Zeitung“ vom 10. Oktober 2007 hieß es: „Die Vorbereitungen auf einen Angriff auf den Iran ...laufen verbal-propagandistisch, praktisch-militärisch und auch politisch weiter.“

Diese Angriffsvorbereitungen wurden auch ungeachtet des schon erwähnten Berichts von 16 US-Geheimdiensten fortgesetzt. Die „Berliner Zeitung“ dazu am 5. Dezember 2007: „Der aktuelle US-Geheimdienstbericht bestätigt noch einmal, was die IAEA bereits mehrfach erklärte: Es gibt keine Hinweise darauf, dass Teheran in den vergangenen Jahren gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen hat. Alle gegenteiligen Behauptungen der Bush-Regierung sind politisch motiviert und hatten von vornherein das Ziel, einen Machtfaktor in der Ölregion „Mittlerer Osten“ wenn schon nicht auszuschalten, so doch zu isolieren. Erschreckenderweise haben sich ...die meisten westlichen Staaten und auch Deutschland nach und nach für diese Politik einspannen lassen.“

Einen Tag nach diesem Kommentar konterte US-Präsident Bush, der wenige Wochen zuvor noch vor einem „Dritten Weltkrieg“ gesprochen hatte, den Bericht der 16 US-Geheimdienste mit den Worten: „Iran war gefährlich. Iran ist gefährlich. Und Iran wird gefährlich sein.“ (43)

Die US-Administration führte im Wahljahr 2008 ihre Anti-Iran-Kampagne unentwegt weiter.

Die „Sunday Times“ meinte, Bush wolle auf jeden Fall das „Iran-Problem“ nicht an seinen Nachfolger übergeben, ohne eine militärische Konfrontation angeschoben zu haben. (44)

## **Obama hält weiter Kurs**

Barak Obama versicherte der US-Kriegspartei schon als Präsidentschaftsanwärter: „Die Gefahr aus dem Iran ist realistisch,

---

42 Der Spiegel, 43/2007

43 Junge Welt, 6. Dezember 2007

44 Sunday Times, 4. Mai 2008

und mein Ziel wird es sein, diese Gefahr zu eliminieren.“ (45)  
Präsidenschaftsanwärterin Hillary Clinton versuchte ihren Konkurrenten Obama zu übertreffen, als sie sich zu der Äußerung verstieg: „Wir werden Iran auslöschen“ (46)

Das US-Kriegsszenario beschrieb die „Berliner Zeitung“ so: „Von Zweifeln werden die Schreibtischkrieger nicht geplagt. US-Kampfbomber sollen aus der Luft angreifen. Israelische Jets nehmen sich die Nuklearanlagen vor. Chaos bricht aus. Die Iraner werden sich zuerst hinter ihre Führung scharen, dann aber werden die ethnischen Minderheiten, revoltieren, die Bürger gegen die Mullahs aufbegehren, das Regime und der ganze Staat Iran zerfallen.“ (47)

Anfang August 2008 endete die Marineübung Brimstone, bei dem sich amerikanische, britische und französische Marine mit Kriegsspielen auf eine künftige Intervention drillten. Nach Beendigung der Übung nahm eine große Armada, darunter zwei US-Flugzeugträger, Kurs auf den Persischen Golf. Das Ziel: Durchsetzung der USA/EU-Seeblockade gegen den Iran. (48)

Barak Obama ließ nach seiner Wahl den Sprecher des Weißen Hauses Robert Gibbs erklären: „Der Präsident hat seine Meinung nicht geändert, dass er sich alle seine Optionen offenhalten sollte. Wir müssen alle Elemente unserer nationalen Macht einsetzen, um in Bezug auf den Iran unsere Interessen zu schützen.“ (49)

Obama verlangte in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft von Teheran ein „Einlenken“ in der Atomproblematik. Ultimativ setzte er dafür eine „Deadline“. „Wir haben nicht vor, endlos zu warten und die Entwicklung nuklearer Waffen und den Bruch internationaler Verträge zuzulassen, um dann eines Tages zu erwachen, uns in einer viel schlimmeren Situation

---

45 Junge Welt, 6. Mai 2008

46 Junge Welt, 3. Juni 2008

47 Berliner Zeitung, 13. Juni 2008

48 <http://alles> - schallundrauch.blogspot

49 Junge Welt, 19. Mai 2009

wiederzufinden und nicht mehr handlungsfähig zu sein.“ (50) Um weiteren Sanktionen der Westmächte gegen Iran Nachdruck zu verleihen stationierten Anfang 2010 die USA Patriot-Flug-Abwehrsysteme in vier Staaten der arabischen Halbinsel – in Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Kuwait. Der Vorsitzende des US-Generalstabs Admiral Mike Mullen hatte erläutert, das Pentagon müsse militärische Optionen für den Fall bereithalten, dass Obama sie abberufe.

Von US-Politikern wurden immer neue Spekulationen über das iranische Atomprogramm verbreitet. Es gab aber auch nüchterne Meinungsäußerungen, wie beispielsweise die vom Chef der US-Streitkräfte, General Martin Dempsey. Der erklärte im Februar 2012, seine Regierung sei „nicht überzeugt“, dass sich Teheran dafür entschieden habe, Atomwaffen zu bauen. Außerdem wirkten die Sanktionen gegen das Land. Deshalb sei es „zum jetzigen Zeitpunkt nicht klug“, gegen Iran militärisch vorzugehen. (51) Außer Dempsey äußerten auch Admiral Michael Mullen, der ehemalige Verteidigungsminister Robert Gates und der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Army in der Nah-Ost-Region General Anthony Zinni Vorbehalte.

Offenbar reflektieren sich in solchen Äußerungen der Overstretch“, die „Überdehnung“ der US-Möglichkeiten hinsichtlich der Schaffung eines weiteren Kriegsschauplatzes, Befürchtungen über die weltwirtschaftlichen Folgen eines Militärschlags gegen Iran, Meinungsverschiedenheiten unter den herrschenden Kräften der USA sowie das Lavieren des US-Präsidenten im Wahlkampf.

Bei dem Besuch Netanjahus Anfang März 2012 in Washington offenbarte sich die Haltung Obamas in seiner Erklärung: „Meine Politik ist zu verhindern, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangt“ (52) Um dieses Ziel zu erreichen lägen alle Optionen auf dem Tisch. Aber noch gebe es ein Fenster für diplomatische Lösungen. Er fügte hinzu: „Wir werden das

---

50 Junge Welt, 13. Juli 2009

51 CNN, 19. Februar 2012

52 Berliner Zeitung, 6. März 2012

Notwendige tun, um Israels qualitativen militärischen Vorsprung aufrechtzuerhalten, weil Israel ständig die Fähigkeit haben muss, sich selbst mit eigenen Mitteln gegen jede Bedrohung zu verteidigen.“ (53) Obama verwandte dabei die Formel von „Israel souveränem Recht.“ Er knüpfte dabei an eine Meinung seines Vizes Biden an, der 2009 versichert hatte, die USA könnten einem souveränen Staat nicht vorschreiben, was er darf und was er nicht darf. De facto bedeutet das grünes Licht für ein neues wahnwitziges Kriegsabenteuer.

„Der Spiegel“ vom 5. März 2012 muss konstatieren: „Noch gibt es keinen eindeutigen Beweis, dass Teheran wirklich nach der Bombe greift, die „smoking gun“ (der rauchende Colt fehlt). Auch die Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien hat ihn bislang nicht liefern können.“

Netanjahu und sein Stab bezeichnen jedoch allein die theoretische Möglichkeit eines Atomwaffenbaus des Iran als „Bedrohung Israels und der Welt“.

### **Alleingang Israels?**

Pläne Israels, von sich aus einen Militärschlag gegen die iranischen Atom-Forschungsanlagen zu führen, bestehen seit eh und je. Die israelische Regierung sieht schon in der theoretischen Atomwaffenfähigkeit Irans einen Grund zum militärischen Einschreiten.

Der frühere israelische Ministerpräsident Ehud Olmert verkündete Anfang Mai 2008 in Washington: „Die iranische Bedrohung muss mit allen möglichen Mitteln gestoppt werden. Die Sanktionen seien erfolglos geblieben, es gebe „die dringende Notwendigkeit für drastischere und robustere Maßnahmen.“ (54) Kurz darauf fügte der damalige israelische Transportminister Benjamin Ben-Elieser hinzu, Iran verstehe „nur die Sprache der Gewalt“. (55) „Der Spiegel“ berichtete, im israelischen Kabinett herrsche „Konsens, dass ein Luftangriff gegen die

---

53 Junge Welt, 6. März 2012

54 FAZ, 5. Mai 2008

55 Junge Welt, 9. Juni 2008

iranischen Atomanlagen unausweichlich geworden ist.“ (56)

Der frühere Chef des israelischen Geheimdienstes, Shatai Shavit, meinte im Februar 2008: „Israel muss das iranische Atomprogramm innerhalb der nächsten 12 Monate angreifen...“ (57)

Den israelischen Strategen ging es erklärtermaßen darum, noch während der Amtszeit von George W. Bush zu handeln.

In diesen Jahren führte die israelische Luftwaffe verschiedene Manöver im Mittelmeer durch. Die USA lieferten Israel Langstrecken-Kampfflugzeuge. Über Drohnen mit einer sehr großen Reichweite verfügte das Land inzwischen selbst.

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu, seit Frühjahr 2009 im Amt, erklärte im November 2011: „Iran mit Atombomben ist eine Gefahr für den Nahen Osten und die ganze Welt. Und stellt natürlich auch für uns eine schwere direkte Bedrohung dar.“ (58) Kurz danach ergänzte Israels Präsident Schimon Peres, ein Angriff Israels und anderer Länder werde immer wahrscheinlicher.“ (59)

In den ersten Monaten dieses Jahres verstärkte sich in Vorbereitung des Besuchs Netanjahus in Washington der von israelischen Kabinettsmitgliedern betriebene Nervenkrieg. Unmittelbar vor diesem Besuch unterbreitete Netanjahu einen Forderungskatalog; „Die Forderungen an Iran sollten klar sein: Demontage der unterirdischen Atomanlage in Qom (Fordow), Stopp der Anreicherung innerhalb Irans und Abtransport des gesamten angereicherten Materials aus dem Iran. Und wenn ich sage: alles Material, dann meine ich alles Material.“ (60)

„Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak war der Auffassung, es sei „Zeit, das Problem jetzt anzupacken.“ Sein amerikanischer Kollege Leon Panetta, der zu dieser Zeit Vorbehalte gegen einen israelischen Alleingang hatte, rechnet mit einer Attacke aus Tel Aviv vielleicht schon im April.“ (61)

---

56 Der Spiegel, 25/2008

57 Telegraph on Sunday, 29.Juni 2008

58 Berliner Zeitung, 4. November 2011

59 Neues Deutschland, 8. November 2011

60 Junge Welt, 5. März 2012

61 Der Spiegel, 6/2012

Die Bedenken Panettas werden aufschlussreicherweise auch von US-amerikanischen Geheimdienstleuten sowie israelischen Politikern und Militärs geteilt. Umfragen in Israel ergaben, dass von der Bevölkerung des Landes mehrheitlich ein Militärschlag gegen Iran abgelehnt wird.

Netanjahu führte in seiner Rede auf der Jahreskonferenz der US-amerikanischen Pro-Israel-Lobby AIPAC u. a. aus, es dürfe „nicht mehr viel länger gewartet werden.“ (62)

Das Fazit der Begegnung Obama – Netanjahu nahm „Der Spiegel“ vorweg: „Obama will keine iranische Bombe, aber auch keinen Krieg. Netanjahu dagegen ist zu allem bereit, um Teheran in die Schranken zu weisen.“ (63)

Netanjahu soll zumindest zeitweilig – bis nach der US-Präsidentenwahl – keinen Alleingang gegen Iran unternehmen, so der Inhalt eines Deals zwischen Washington und Tel Aviv. (64) Ein Alleingang Israels würde zwangsläufig die USA in den Krieg hineinziehen.

### **Strafmaßnahmen, Provokationen und „verdeckte Aktionen“**

Die Skala der anti-iranischen Attacken reicht von gefährlichen Zwischenfällen, die von US-amerikanischen und englischen Kriegsschiffen in der Straße von Hormus, im Persischen Golf, herbeigeführt wurden, über Morde an iranischen Atomwissenschaftlern bis zu Sanktionen, die zu einem regelrechten Wirtschaftskrieg gesteigert wurden.

Konfrontationen im Persischen Golf, die die Gefahr der Auslösung eines Krieges heraufbeschworen, waren seit Anfang 2008 immer wieder an der Tagesordnung.

Der damalige US-Vizepräsident Cheney schlug seinerzeit vor, „auf amerikanischen Werften vier oder fünf der iranischen Schnellboote nachzubauen“, sie mit Spezialeinheiten zu bemannen, mit jeder Menge Waffen auszurüsten, in den Persi-

---

62 Junge Welt, 7. März 2012

63 Der Spiegel, 10/2012

64 Berliner Zeitung, 9. März 2012

schen Golf zu bringen, um dort US-amerikanische Marineeinheiten anzugreifen. (65)

Anfang 2008 behauptete der damalige US-Präsident George W. Bush: „Iran schickt hunderte Millionen Dollar an Extremisten überall in der Welt. Seine Aktionen bedrohen die Sicherheit der Nationen überall. Deshalb verstärken wir, die Vereinigten Staaten, unsere lang währenden Sicherheitsverpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten am Golf und sammeln unsere Freunde auf der ganzen Welt, um dieser Gefahr entgegenzutreten, bevor es zu spät ist.“ (66)

Unter Präsident Obama wurde Anfang September 2011 im türkischen Bezirk Kürecik eine Radaranlage stationiert, die zum NATO-Raketen-Abwehrsystem gehört. Die iranische Zeitung „Jomhuri Islami“ schätzte ein, Ziel der Stationierung sei, „den iranischen Luftraum auszuspionieren und zu überwachen.“ In diesem Zusammenhang sei vermerkt, dass die iranische Luftabwehr eine US-amerikanische Spionage-Drohne abschoss.

In den Jahren 2009 und 2010 kam es zu Cyber-Attacken gegen das iranische Atomprogramm. Der Computer-Wurm „Stuxnet“, eine US-amerikanisch-israelische Gemeinschaftsentwicklung, habe, so wurde in westlichen Medien berichtet, die Computerprogramme, die Zentrifugen in iranischen Forschungsanlagen steuerten, durcheinandergebracht. Das Atomprogramm sei dadurch um Jahre zurückgeworfen worden.

Mehrfach wurden dem Iran, in Anlehnung an die von George W. Bush behauptete Entsendung iranischer Terroristen in alle Welt, Mordanschläge unterstellt, so ein angebliches iranisches Komplott zur Ermordung des saudi-arabischen Botschafters in Washington. Obama verdächtigte sofort „iranische Funktionäre auf der höchsten Ebene“. (67) US-Außenministerin Clinton befand: „Dieser rücksichtslose Akt untergräbt internationale Normen. Der Iran muss für seine Aktionen zur Rechenschaft

---

65 Junge Welt, 4. August 2008

66 Junge Welt, 15. Januar 2008

67 Junge Welt, 9. November 2011

gezogen werden.“ (68) Die Story vom Mordanschlag war so primitiv und dilettantisch angelegt, dass bald US-amerikanische Dienststellen eingestanden, es gebe keine Hinweise auf eine Verwicklung oder Mitwisserschaft der Regierung in Teheran.

Für zwei im Februar 2012 verübte Anschläge auf israelische Diplomaten in Indien und in Georgien machte Netanjahu den Iran verantwortlich: „Der Iran, der hinter den Anschlägen steckt, ist der weltweit größte Verbreiter von Terrorismus“, so der israelische Premier. (69)

Am 1. Dezember 2011 erschien „Bild“ mit der Schlagzeile: „Iran plant Anschläge in Deutschland“. Und weiter: „Der Iran plant offenbar, US-Streitkräfte auf deutschem Boden anzugreifen. Das geht aus einem Beschluss des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof hervor, der Bild vorliegt.“ Relativ schnell sah sich der Bundesanwalt veranlasst zu erklären, dass es keine Indizien für iranische Anschlagabsichten gebe.

„Bild“ interessierte dieses Dementi nicht. Das Blatt schrieb zwei Tage später unter der Überschrift: „Der Iran macht Angst: Die Führung erklärt ausländische Diplomaten zu Freiwild, plant offenbar Sabotage-Anschläge in Deutschland, will die Atombombe.“ Fakten über „verdeckte Aktionen“ gegen den Iran sind dagegen für westliche Medien weniger interessant.

Unter US-Präsident George W. Bush wurden die Geheimdienstoperationen in Iran beträchtlich ausgeweitet. 2008 wurden 400 Millionen Dollar für diese Aktionen bewilligt, um die iranische Regierung zu destabilisieren und das Atomprogramm zu sabotieren. Der israelische Mossad ist ebenfalls im Einsatz. „Der Spiegel“ berichtete unter dem Untertitel „Sabotageakte und Anschläge auf iranische Wissenschaftler gelten als Standardwaffen im Arsenal des israelischen Geheimdienstes Mossad“: „Mehr als jedes andere Land hat Israel die gezielte Tötung seiner Feinde als eine militärische Waffe genutzt, sofern

---

68 Junge Welt 14. Oktober 2011

69 Junge Welt, 15./16. Oktober 2011

der Mord außerhalb seiner Grenzen stattfand.“ (70)

Die 2010 begonnene Serie von Mordanschlägen gegen iranische Atomwissenschaftler war westlichen Medien keine Schlagzeile wert.

Im Januar 2010 starb Ardeschir Hosseinpur als Opfer dieser Mordserie. Im gleichen Monat fiel der Physiker Massud Aqli-Mohammed einem Anschlag in der Nähe seiner Teheraner Wohnung zum Opfer. Im November 2010 starb der Neutronen-transport-Experte Madschid Schahriari, als eine Magnetbombe an seinem Auto explodierte. Im Juli 2011 wurde der Atomwissenschaftler Dariusch Resainedschad durch Kopfschuss getötet. Im Januar 2012 war der junge Wissenschaftler Mostafa Ahmadi, Direktor der Urananreicherungsanlage in Natans, Opfer eines Attentats geworden.

Auch Bombenanschläge gegen Einrichtungen der iranischen Revolutionären Garden (IRGC) gehören zu den Operationen westlicher Geheimdienste. Im November 2011 wurden bei einem mörderischen Bombenanschlag auf einen Raketenstützpunkt der IRGC zahlreiche IRGC-Angehörige getötet, darunter ein General. (71)

Nicht zuletzt werden vom UN-Sicherheitsrat, von den USA und von der EU seit 2006 immer wieder neue Strafmaßnahmen gegen den Irak in Kraft gesetzt.

Der UN-Sicherheitsrat beschloss – zunächst mit russischer und chinesischer Zustimmung – fünf Sanktionsmaßnahmen. Die USA und die EU verkündeten ebenfalls eine Reihe von Strafmaßnahmen. Die Sanktionen richteten sich zunächst gegen Auslandsreisen iranischer Politiker, dann gegen den Zahlungsverkehr iranischer Banken. Die EU verschärfte im Januar 2012 etliche ihrer Maßnahmen. Sie betreffen vor allem ein generelles Einfuhrverbot für iranisches Erdöl. Außer dem Öl-Boykott betreffen die verschärften Sanktionsregelungen den Verkauf und die Weitergabe von Schlüsselausrüstungen und –technologien für die petrochemische Industrie sowie die Liefe-

---

70 AFP, 13. Februar 2012

71 Der Spiegel, 3/2011

rung von Ersatzteilen, Zubehör und vergleichbaren Gütern, deren Ausfuhr nach dem Iran verboten ist. Das Land verfügt nur über unzureichende Raffineriekapazitäten. Ständiger Benzinmangel ist die Folge. Der Iran soll wirtschaftlich in die Knie gezwungen, ein Aufbegehren des Volkes gegen die Staatsmacht erreicht werden. Die Folgen der Sanktionsmaßnahmen zeigen sich bereits in Preiserhöhungen für Lebensmittel und in zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten.

### **Alternativen für den Frieden**

Kontinuierlich ringen internationale Organisationen, Regierungen und Staatsmänner um die Abwendung der Kriegsgefahr, die durch den Konfrontationskurs der USA, der EU und Israels gegen den Iran heraufbeschworen wird.

Im Dezember 2006 forderte die Organisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) eine atomwaffenfreie Zone für Nahost. „Ägypten und Iran forderten sie bereits 1974 in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen“, hieß es in einer entsprechenden Erklärung. (72)

Im Sommer 2008 hatten sich 113 Außenminister auf dem 15. Blockfreientreffen in einer Grundsatzerklärung für das Recht des Iran auf zivile Nutzung der Atomenergie ausgesprochen. Zugleich hatten sie zum ersten Mal seit Gründung der Blockfreien im Jahre 1955 die weltweite Abschaffung aller Atomwaffen gefordert. (73) Anfang März 2010 bekräftigten die Gruppe der Blockfreien in einer Erklärung ihre Forderung.

Anfang Mai 2010 schlug der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad u. a. die „sofortige und bedingungslose Umsetzung der bei der Überprüfungskonferenz 1995 (des Atomwaffensperrvertrages, d. V.) angenommenen Resolution zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten“ vor. (74)

---

72 Junge Welt, 15. Dezember 2006

73 Neues Deutschland, 1. August 2008

74 Junge Welt, 5. Mai 2010

Ende Mai 2010 forderten die 189 Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrages auf ihrer Konferenz, dass der Nahe Osten zur atomwaffenfreien Zone werden solle. Israel wies die Forderung zurück, da sie „äußerst fragwürdig und scheinheilig“ sei. Die Konferenz beantragte zugleich beim UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon, 2012 eine Konferenz aller Nahostländer zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone durchzuführen. Israel lehnte bereits ab, an der Konferenz teilzunehmen. (75)

Im Februar 2012 wandten sich Vertreter der Friedensbewegung und der Friedensforschung in Deutschland gegen die vor allem auch von der EU betriebene Sanktionseskalation. Es bestehe die Gefahr, dass sie in einen Krieg mündeten. Die Bundesregierung müsse jede Beteiligung Deutschlands an einem Krieg ausschließen und gemeinsam mit anderen europäischen Ländern die von den Vereinten Nationen beschlossene Konferenz für eine Zone im Mittleren und Nahen Osten frei von Massenvernichtungswaffen unterstützen, die noch in diesem Jahr beginnen soll. „Nur eine Politik, die alle Staaten der Region, Israel eingeschlossen, zur atomaren Abrüstung und Enthaltbarkeit verpflichtet“, könne das gegenseitige Misstrauen beseitigen und dem Wettrüsten den Boden entziehen. (76)

Irans Präsident Ahmadinedschad sagte Mitte März 2012: „Mit Druckausüben kann man das Problem (das die Westmächte geschaffen haben, d. Verf.) nicht lösen. Man muss das Recht Irans respektieren...Man darf keine Sondergesetze gegen ein Land schaffen.“ (77)

In dem schon erwähnten außenpolitischen Grundsatzartikel des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin äußert er den Gedanken, „dass die zuletzt häufig gewordenen bewaffneten Einmischungen in die inneren Angelegenheiten einzelner Länder dieses oder jenes autoritäre Regime zum Atomwaffenbesitz provozieren könnten. Solche Herrscher könnten den Eindruck haben, dass sie sich nur mit einer Atombombe in Sicher-

---

75 AP, 30. Mai 2010

76 Junge Welt, 23. Februar 2012

77 ZDF, 19. März 2012

heit wiegen und dass niemand es wagen würde, sie anzugreifen. Die Länder, die keine eigenen Atomwaffen haben, müssten sich dagegen auf ‚humanitäre‘ Interventionen gefasst machen. Egal, ob uns das gefällt oder nicht, Tatsache ist, dass einige Länder wegen solcher Einmischungen von außerhalb auf solche Gedanken kommen. Deshalb entstehen immer neue ‚Schwellenländer‘, die kurz vor der Entwicklung eigener Atomwaffen stehen. Unter solchen Bedingungen werden atomwaffenfreie Zonen, die in verschiedenen Teilen der Erde eingerichtet werden, immer wichtiger. Auf Russlands Initiative hat die Arbeit an der Bildung eines solchen Raums im Nahen Osten begonnen.“ (78)

\*\*\*\*

Der sogenannte Atomstreit mit dem Iran erweist sich schon lange als Vehikel der gegen das Land betriebenen Psychologischen Kriegführung. Der US-Administration geht es um die von ihr diktierte politische Neuordnung der Nah- und Mittelost-Region, um den Zugang und die Beherrschung bedeutender strategischer Ressourcen, um einen geopolitischen Dreh- und Angelpunkt, zu dem neben Iran auch Syrien gehört. Die israelische Regierung ihrerseits will ihre Machtposition in der Region festigen und ausbauen. Das Teheraner Regime soll nach westlichen Vorstellungen ausgewechselt werden.

Als erstes stirbt im Krieg die Wahrheit. Mit Hilfe des Psychologischen Krieges gegen den Iran wurde sie längst zur Strecke gebracht und der internationalen Öffentlichkeit suggeriert, dass ein Krieg unvermeidlich sei. Um „die gesamte zivilisierte Welt“ zu retten, wie Netanjahu meinte! Ein von einer menschenverachtenden Politik ausgelöster und mit Atomwaffen geführter Krieg könnte verheerende Folgen nicht nur für die betroffene Region, sondern die ganze Welt haben